

**An das  
Amtsgericht – Insolvenzgericht-  
NÜRNBERG**

## **Regel-Insolvenzantrag**

(für juristische Personen und Gesellschaften ohne Rechtspersönlichkeit)

**Ich beantrage die Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen der**

..... (Firma/Bezeichnung der Schuldnerin, HRB/HRA-Nummer)
..... (Anschrift der Schuldnerin)
..... (frühere Anschriften in den letzten 5 Jahren)
..... (Festnetztelefonnummer, Handy-Nummer, Fax-Nummer und Email-Adresse – soweit vorhanden)

Der/die Unterzeichner ist/sind zur Antragstellung berechtigt als

- Mitglied des Vertretungsorgans (z.B. Geschäftsführer, Vorstand)
- Persönlich haftender Gesellschafter
- Abwickler
- Gesellschafter/Aufsichtsratsmitglied (NUR BEI FÜHRUNGSLOSIGKEIT)
  
- Es gibt weitere Mitglieder des Vertretungsorgans, weitere Gesellschafter, weitere Abwickler, weitere Aufsichtsratsmitglieder, die diesen Antrag nicht stellen (§ 15 Abs. 2 InsO)

Anschrift des/der Antragsteller:

.....
.....

Es besteht der **Insolvenzgrund** der:

- Zahlungsunfähigkeit
- Drohenden Zahlungsunfähigkeit
- Überschuldung
  
- Entsprechende Unterlagen – z.B. ein Vermögensverzeichnis -, aus denen sich der Insolvenzgrund nachvollziehbar ergibt, liegen bei.

- gegenwärtig ist der Geschäftsbetrieb aufrechterhalten.

Diese weist im vorangegangenen Geschäftsjahr auf (§ 13 Abs. 1 S. 5 InsO):

- **Bilanzsumme** von \_\_\_\_\_ Euro
- **Umsatzerlöse** von \_\_\_\_\_ Euro
- **durchschnittliche Zahl der Arbeitnehmer** von \_\_\_\_\_

Ich versichere, dass diese Angaben richtig und vollständig sind, § 13 Abs. 1 S. 7 InsO.

Datum

Unterschrift

- der Geschäftsbetrieb ist eingestellt seit \_\_\_\_\_

- Ein **Verzeichnis der Gläubiger und ihrer Forderungen** gem. § 13 Abs. 1 S.3 InsO liegt bei. Es ist bekannt, dass ohne die Vorlage dieses Verzeichnisses und ohne Versicherung dessen Richtigkeit und Vollständigkeit mit der Zurückweisung des Antrags als unzulässig gerechnet werden muss. (Vordruck 1).

- Ein **qualifiziertes Gläubigerverzeichnis gem. § 13 Abs. 1 S. 4 InsO** liegt bei. **Nur notwendig** bei beantragter Eigenverwaltung/ beantragtem vorl. Gläubigerausschuss /verpflichtendem vorl. Gläubigerausschuss nach § 22a Abs. 1 InsO (Vordruck 2).

Soweit es für die Zwecke des beantragten Verfahrens erforderlich ist, entbinde/n ich/wie alle Personen und Stellen, die Auskunft über die Vermögensverhältnisse geben können (vor allem Kreditinstitute, Versicherungen, Sozial- und Finanzbehörden) von ihrer Verschwiegenheitspflicht gegenüber dem Insolvenzgericht und einem von diesem bestellten Gutachter oder vorläufigen Insolvenzverwalter.

-----  
(Ort, Datum)

-----  
(Unterschrift)